parlamentsreport

11–2023

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

3 Das Grundgesetz modernisieren: Forderungen für die Demokratie

6 Thüringens Engagement: Arbeitskreis besucht Einrichtungen in der Region

8 Ausstellung im Landtag: Fatima Alkaheel zeigt mit Kunst ihre Gefühlswelten

Thüringen-Monitor

Bereits zum 22. Mal erstellte die Friedrich-Schiller-Universität im Auftrag der Landesregierung den Thüringen-Monitor, eine inzwischen zur Langzeitstudie etablierte Untersuchung zur politischen Kultur. Neben Werten zur Demokratieeinstellung, Institutionenvertrauen und zu Einstellungen zu Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus widmen sich die Wissenschaftler:innen jährlich einem immer neu gewählten Schwerpunktthema. Der diesjährige Monitor untersuchte die Unterschiede zwischen Stadt und Land. In der politischen Kommentierung der Ergebnisse durch Parteien nur wenige Stunden nach Veröffentlichung der 252-seitigen wissenschaftlichen Studie lässt vermissen, was Wissenschaftler:innen eigentlich von einer Rezeption durch politische Verantwortungsträger erwarten können müssen: Ernsthaftigkeit und Wahrhaftigkeit in der Bewertung und Kommentierung. Der CDU-Fraktionsvorsitzende im Thüringer Landtag meint aus dem Monitor herauslesen zu können, dass „die Bürger ... den Eindruck (haben), dass Ampel und Ramelow-Regierung Gendersprache wichtiger ist, als bezahlbare Energie, die Bekämpfung von Unterrichtsausfall oder die Sicherstellung guter Pflege."

Nur im Monitor findet sich dazu absolut nichts. Allerdings lässt sich dem Zahlenwerk entnehmen, dass das Vertrauen in die Landesregierung zwar gegenüber dem Vorjahr deutlich gesunken ist, aber immer noch den fünfthöchsten Wert seit Beginn der Untersuchungen aufweist und keine CDU-Regierung jemals einen höheren Wert als die rot-rot-grüne Minderheitsregierung aufwies. Aber auch dieser Wert ist allenfalls ein Mosaikstein in einer sehr komplexen Betrachtung der politischen Verhältnisse in Thüringen. Man sollte sich also nicht auf die interessengeleitete Interpretation der Wissenschaftsstudie durch politische Parteien verlassen, sondern selbst den Monitor zur Hand nehmen. Politiker:innen sollten sich, wenn sie über den Thüringen Monitor 2022 öffentlich diskutieren, aber bewusst machen: Vertrauen in Politik und in die Praxis der Demokratie wird nicht dadurch gestärkt, wenn politische Interpretation und Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung weit auseinanderklaffen.

Steffen Dittes, Fraktionsvorsitzender

Der Thüringen Monitor 2022 im Internet: https://www.komrex.uni-jena.de/forschungsprojekte/thueringen-monitor

Thüringen weiterentwickeln

Die Fraktion stellt ihre Ansätze zur Wärmewende vor und zeigt auf, wie dem Rückgang landwirtschaftlicher Nutzflächen in Thüringen entgegengewirkt werden kann.
Mehr dazu auf den Seiten 4-5

Foto: Hilthart Pedersen/www.unsplash.com

Linker Ticker

Der Internationale Kindertag am 1. Juni sollte auf die besonderen Bedürfnisse von Kindern aufmerksam machen und kinderpolitische Themen, insbesondere die Kinderrechte, in das Bewusstsein rücken. „Wir als Linksfraktion möchten Erwachsene darauf aufmerksam machen, dass Kinder und Jugendliche umfassende Rechte haben, wie z. B. das Recht auf gewaltfreie Erziehung. Wer sein Kind stundenlang ignoriert, es von seinen Freund:innen isoliert oder es demütigt, der übt Gewalt aus. Vielen Menschen ist das immer noch nicht bewusst. Das Recht auf gewaltfreie Erziehung erschöpft sich aber eben nicht im Verzicht auf körperliche Bestrafungen“, erläutert Abgeordnete **Kati Engel**. +++ Zu einem Bericht in der Südthüringer Zeitung anlässlich einer Veranstaltung mit dem Thüringer Innenminister erklärt **Katharina König-Preuss**, Sprecherin für Migrationspolitik der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: „Die Europäische Menschenrechtskonvention ist eine Errungenschaft und kein Problem, das es zu überwinden gilt. Es ist wichtig, dass Menschen nicht in Staaten abgeschoben werden, in denen ihnen Gefahren für Leib und Leben oder Folter drohen. Im demokratischen Rechtsstaat gelten universelle Menschenrechte für alle, ganz gleich, welche Herkunft sie haben.“ +++ „Mit dem jetzt in den Landtag eingebrachten Gesetzentwurf ’Härtefallfonds für Straßenausbaubeiträge‘ der rot-rot-grünen Koalition wird eine zentrale Forderung der LINKEN in die Tat umgesetzt. Wir haben uns im Zusammenhang mit der Abschaffung der Beiträge immer für einen solchen Fonds ausgesprochen. Der jetzige Gesetzesentwurf entlastet die Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer finanziell, bei denen eine besondere Härte vorliegt und die deshalb im Zuge des Beitragsbescheides einen Stundungsantrag gestellt haben“, erklärt **Katja Maurer**, kommunalpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.“ Mit dem Gesetz wird geregelt, dass Bürgerinnen und Bürger unter bestimmten Voraussetzungen bei Beiträgen für Straßenausbaumaßnahmen entlastet werden, deren sachliche Beitragspflichten im Zeitraum zwischen dem 1. Januar 2015 und dem 31. Dezember 2018 entstanden sind.

Impressum

Herausgeberin:
Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt

Redaktion: Lisa Hilpert
V.i.S.d.P.: Olaf Weichler

Telefon: 0361 377-2620
E-Mail: weichler@die-linke-thl.de
Web: www.die-linke-thl.de
Redaktionsschluss: 02. Juni 2023

Rückblick auf das Plenum

Vom 31. Mai - 2. Juni im Thüringer Landtag

In der Aktuellen Stunde des letzten Plenums warf die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag einen Blick auf das Pflegeunterstützungs und -entlastungsgesetz (PUEG) des Bundes. Dieses könne die Probleme in der Pflege in Thüringen nicht lösen, erklärt Ralf Plötner, gesundheitspolitischer Sprecher der Fraktion. „Die Lösung wäre eine solidarische Pflegevollversicherung, in die alle einzahlen und die durch Gewinne von Kapitalerträgen abgesichert wird.“

In Vertretung für die arbeitspolitische Sprecherin Lena Saniye Güngör äußerte Andreas Schubert, wirtschaftspolitischer Sprecher im Rahmen des Warnstreiks der Beschäftigten bei Automotive Lighting in Brotterode seinen Unmut über die Entscheidung der Konzernleitung: „Die Entwicklungen in der Automotive-Industrie in Thüringen bereiten uns neue Sorgen. Die Ankündigung von Marelli, den Standort bis Ende März 2024 mit 800 Arbeitsplätzen abzuwickeln, zeigen die Auswirkungen hinter dem kurzfristigen Denken der Renditelogik von Konzernen.“ Beide Abgeordnete fordern den Erhalt von Marelli und soziale Sicherheit für die Beschäftigten im Kontext der sozial-ökologischen Transformation. Dafür müsse man gemeinsam mit den Beschäftigten und den Unterstützungsinstrumenten des Landes Entwicklungsperspektiven gesucht werden. Gemeinsam haben die Koalitionsfraktionen einen Transformationsfonds mit einer Transformationsagentur bei der LEG auf den Weg gebracht, somit kann die Technologieberatungsstelle dieses Jahr ihre Arbeit aufnehmen. Schubert betont: „Nur mit einer fairen Transformation können wir den sozial-ökologischen Umbau Wirklichkeit werden lassen und perspektivisch die Klimakrise bewältigen und mit einer klimaneutralen Wirtschaft dauerhaft Arbeitsplätze sichern, auch in Brotterode.“

Am Donnerstag wurde der sogenannte „Thüringen Monitor“ beleuchtet und über die politische Kultur in Stadt und Land debattiert. Der Thüringen Monitor 2022 zeigt: Das gesellschaftliche Klima ist besorgniserregend. Unterstellungen, Beleidigung und Bedrohungen erleben wir jeden Tag. „Anstatt Lügen und Unterstellungen zu verbreiten, sollten politische Akteure einen Ideenwettbewerb und einen Streit um Argumente führen. Wir müssen komplexe Zusammenhänge erklären, um das Vertrauen der Menschen in die politischen Entscheidungsprozesse wiederherzustellen.

Wir müssen antidemokratischen Tendenzen entschieden entgegentreten. Politische Bildung und Prävention müssen gestärkt werden, um die Resilienz gegenüber rechtsextremen und populistischen Einstellungen in der Gesellschaft zu stärken“, erklärt Fraktionsvorsitzender Steffen Dittes in seiner Rede im Thüringer Landtag. Die Fraktion DIE LINKE denke Stadt und Land gemeinsam und strebe gleichwertige Lebensverhältnisse für Thüringen an. „Anstatt Angst vor Veränderung zu schüren, sollten wir eine positive Vision einer sich verändernden Welt fördern“, so Dittes. Weitere wichtige Themen im Plenum waren das Thüringer Vergabegesetz, die Große Anfrage zum Verlust landwirtschaftlicher Nutzflächen (siehe Seite 5) und der Härtefallfonds für Straßenausbaubeiträge.

Gesundheitspolitischer Sprecher Ralf Plötner spricht zur Aktuellen Stunde
Thema: Pflegeunterstützungs und -entlastungsgesetz (PUEG) des Bundes

Das Grundgesetz modernisieren

Forderungen zum Tag des Grundgesetzes

Anja Müller, Sprecherin für Demokratie und Verfassung der Fraktion DIE LINKE

„Das Grundgesetz hat bisher Gutes geleistet, aber eine Verfassung sollte immer auch auf der Höhe der gesellschaftspolitischen Erfordernisse sein, deshalb ist eine Weiterentwicklung des Grundgesetzes sinnvoll und geboten“, erklärte Anja Müller, Sprecherin für Demokratie und Verfassung der LINKE-Fraktion im Thüringer Landtag zum Tag des Grundgesetzes am 23. Mai.

„Nicht nur die jüngsten Krisenentwicklungen haben gezeigt, dass - auch zur Sicherung der demokratischen Gesellschaft - endlich soziale Grundrechte und Staatsziele ins Grundgesetz aufgenommen werden müssen. Das betrifft Sozialleistungen und die Sozialversicherungen für ein menschenwürdiges, vor Armut geschütztes Leben als zukünftige Verfassungsgarantien ebenso wie das Recht auf Wohnen und bezahlbare ökologische Energie“, so Müller, die in diesem Zusammenhang bekräftigte, dass es eine nachhaltige Gesellschaft nur in der Kombination von sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit geben werde. Hierbei hätten Verfassungsvorgaben eine wichtige Rolle zur Absicherung der Durchsetzung im Alltag. „Genau diese Diskussionen führen wir als LINKE und R2G-Koalition anhand von konkreten Änderungsvorschlägen für die Thüringer Verfassung bezogen auf Nachhaltigkeit, gleichwertige Lebensverhältnisse und Stärkung der Rechte von Kindern und Jugendlichen im Verfassungsausschuss“, erläutert die Abgeordnete. „Auch die Schuldenbremse muss aus dem Grundgesetz gestrichen werden, denn nicht nur - neoliberal - um die Ausgabenseite bei den Staatsfinanzen, sondern auch um die Einnahmeseite. Nur, wenn man beide Seiten der Staatsfinanzen gleichermaßen in den Fokus nimmt, ist das wirklich ökonomisch nachhaltig“, betont Müller, die ein gerechtes Steuersystem („finanziell und damit gesellschaftspolitisch umsteuern“) fordert und als Beispiele die Einführung einer Vermögenssteuer sowie eine Steuer auf Börsenspekulationsgeschäfte („Tobin-Tax“) nennt. Die R2G-Fraktionen, insbesondere DIE LINKE, lehnt den CDU-Vorschlag auf Aufnahme einer Schuldenbremse in die Thüringer Verfassung klar ab.

> „Eine Verfassung sollte immer auf der Höhe der gesellschaftspolitischen Erfordernisse sein, deshalb ist eine Weiterentwicklung wichtig.“
>
> **Anja Müller**
> Sprecherin für Demokratie und Verfassung

„Zu Recht wünschen sich viele Menschen, Personen nicht nur „repräsentativ“ wählen zu dürfen, sie möchten auch in wichtigen inhaltlichen Sachfragen selbst mitbestimmen und ihre Fachkenntnisse und Einschätzungen einbringen. Deshalb müssen Volksbegehren und Volksentscheide als Instrumente direkter Demokratie endlich ins Grundgesetz aufgenommen werden. Positive Erfahrungen aus anderen Bundesländern und anderen Staaten können hierbei helfen, insbesondere die in den Bundesländern stattfindende Überprüfung von Volksbegehren durch Verfassungsgerichte auf deren Vereinbarkeit mit Menschenwürde, Grundrechte und internationalen Vorgaben“, ist sich Müller sicher und verweist darauf, dass seit langem auch Bundes- und Landesverband Thüringen von „Mehr Demokratie e. V.“ mehr direkte Demokratie im Grundgesetz fordern und die R2G-Fraktionen in Thüringen im Verfassungsausschuss des Landtags gerade einen weiteren Ausbau der direkten Demokratie auf Landesebene verlangen. „Eine demokratische Gesellschaft ist auch immer eine weltoffene Gesellschaft, deshalb ist auch Art. 116 GG - und damit die Definition des Begriffs „deutsche Staatsbürger:innen“ zu modernisieren und der Zugang zum Wahlrecht auf allen Ebenen auch unabhängig von einer deutschen Staatsbürgerschaft eröffnet werden. In einer Demokratie gilt das Prinzip „Nicht über und ohne uns“ - und zwar unabhängig von einer Staatsbürgerschaft“, so die Abgeordnete, die in diesem Zusammenhang darauf hinweist, „dass auch Menschen, die mindestens drei Jahre in Thüringen leben, unabhängig von der Staatsbürgerschaft auch in den Kommunen und für den Landtag wählen können sollen - das geht aber nur mit einer Änderung des Art. 116 GG. Zu einer wirklich weltoffenen Gesellschaft gehört ebenso ein offenes Asyl- und Migrationsrecht, deshalb müsse die Demontage des Asylrechts (Art. 14, Art. 14 a) rückgängig gemacht werden.“

Bei frühkindlicher Bildung über den Tellerrand schauen

Die große Novelle Kindergartengesetz soll folgen

Gestartet mit einer kleinen Novellierung des Thüringer Kindergartengesetzes folgt auch schon die große Novelle. Gemeinsam mit der CDU hat Rot-Rot-Grün Verbesserungen in der Kindertagespflege geschaffen, die 39h-Woche für Erzieher:innen umgesetzt und die praxisintegrierte Ausbildung in die Regelfinanzierung überführt. Jetzt steht das 3. beitragsfreie Kindergartenjahr an, die Personalschlüsselverbesserung im Ü3-Bereich und die Bildung eines Zentrums für frühkindliche Bildung.

„Wir als LINKE wollen, dass Bildung von Anfang an kostenlos ist, somit natürlich auch der Kindergarten. Wir freuen uns, dass durch unsere jahrelange Initiative nun über das Thema offen diskutiert wird“, so Daniel Reinhardt, Sprecher für frühkindliche Bildung der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag. Mittlerweile sind augenscheinlich auch CDU und SPD offen für ein weiteres beitragsfreies Kindergartenjahr. Wenn wir uns einen Kindergarten 2040 anschauen wollen, dann sind viele Fragen allerdings noch nicht geklärt. Natürliche Bevölkerungsveränderungen haben nämlich besonderen Einfluss auf die Zusammensetzung der Bevölkerung. Drei zentrale Aspekte sind dabei Migration, Geburtenrate und Sterblichkeit. Wie das Statistische Bundesamt in seiner 13. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung mitteilt, werden in den nächsten Jahren die Geburten zurückgehen. Bis 2042 wird damit gerechnet, dass in Thüringen jährlich im Schnitt etwa 16.600 Kinder weniger geboren werden. Das heißt konkret, dass weniger Kinder an die Thüringer Kindergärten kommen, sodass weitere Verbesserungen in der Qualität von Kindergärten möglich sind. Zum einen sind es Fragen der Strukturqualität und zum anderen Fragen der Prozessqualität, die verbessert werden können. Erste Auswirkungen sehen wir in den Städten Weimar, Jena und Gera.

Schaut man sich den Leitungsbereich in den Kindergärten an, muss es unbedingt eine Lösung geben, die die Leitungen unter 69 Kinder entlastet. Unser Vorschlag wäre eine Leitungsstelle für alle Kindergärten von 30 Kindern bis 100 Kindern, laut Betriebserlaubnis. Die weitergehenden Regelungen ab dem 101 Kind, sollten in der Abänderung dann keine Deckelung auf 1,5 Leitungsstellen erhalten. Aber auch die Rahmenbedingungen der Fachkraft-Kind-Relation können und müssen weiter verbessert werden. Die Qualifikation des Fachpersonals kann durch eine Reform der vollzeitschulischen Erzieher:innenausbildung verbessert werden. Mit der Überführung der praxisintegrierten Ausbildung in Thüringen in die Regelfinanzierung wurden dahingehend bereits Verbesserungen geschaffen. Bei der Prozessqualität geht es konkret um die Gestaltung pädagogischer Umwelten und Interaktionen. Das Thema Migration wird uns auch in den nächsten Jahren weiterbeschäftigen. Die Diversitätskompetenz im Kindergarten spielt dabei eine große Rolle. Das heißt konkret, dass ein angemessener Umgang mit kultureller, sozialer, geschlechtlicher und religiöser Differenz entstehen muss. Diversitätskompetenz zeigt sich im Kindergarten-Alltag in den alltäglichen Interaktionen mit den Kindern, den Eltern, aber auch mit den Erzieher:innen.

Dies muss sich also auch im Gesamtkonzept der Kindertageseinrichtung wiederfinden. Auch die Integration und Sprachentwicklung muss im Kindergarten anfangen. Die Sprachentwicklung steht in engem Zusammenhang mit der Wahrnehmung, Bewegung, Denkfähigkeit und dem emotionalen Wohlempfinden der Kinder. Spielerisches Lernen von Sprache ist für Kinder mit und ohne Migrationshintergrund von Vorteil, aber auch das Durchmischen der Altersgruppen, da so die Kleinen von den Großen lernen können. Integration funktioniert im Kindergarten nicht nur durch die Sprachentwicklung, sondern auch durch das Kennenlernen anderer Kulturen, Religionen, Traditionen oder anderer Lebensformen.

Daniel Reinhardt, Sprecher für frühkindliche Bildung

Wärmewende: gemeinsam für ein gutes Klima

Ein Positionspapier der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag

Foto: David Karich/www.pixabay.de

Unser Weg für eine gerechte Wärmewende:

1. Geförderter Ausbau von Wärmenetzen

2. Wärmenetzbeauftragte, die auf kommunaler und Kreis-Ebene gemeinsam mit Nachbarschaften (kommunale) Wärmepläne entwickeln

3. Fachkräfte ausbilden: Ingenieur:innen, Installateur:innen, Elektriker:innen etc.

4. An Bedürftigkeit orientierte Förderprogramme für Umrüstung von Einzelgebäuden

5. Technologieoffenheit nicht als Kampfbegriff missbrauchen

Die Unabhängigkeit von Gas und Öl beschäftigt gerade die Politik wie kaum ein anderes Thema. Ein wichtiger Teil davon ist die Transformation im Gebäudebereich mit dem Ziel, effizienter mit erzeugter Wärme umzugehen und diese bis 2045 komplett treibhausgasneutral zu realisieren. Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE geht es dabei vorwiegend um gesellschaftliche Lösungen, weniger darum, Eigenheimbesitzer:innen etwas vorzuschreiben. Nachfolgend werden die Ansätze der Fraktion vorgestellt.

Wärmepläne ausbauen

Wir wollen, dass Nah- und Fernwärmenetze kommunal oder auf Kreis-Ebene gemeinwohlorientiert betrieben werden. Die Vorteile sind: gesteigerte Effizienz und somit geringere Kosten je Haushalt, keine individuellen Investitionskosten, Modernisierung und Dekarbonisierung erfolgen zentral in den dezentralen Wärmenetzen. Die Idee der kommunalen, nachbarschaftlich erstellten Wärmepläne stammt aus Dänemark, wo diese in 70er Jahren als Antwort auf die Ölkrise entwickelt wurde und seitdem erfolgreich betrieben wird: Heute hat Dänemark einen Anschlussgrad von über 60 Prozent. Dort gilt außerdem, dass der Wärmepreis den Wärmeerzeugungskosten entsprechen muss, es gibt also ein Gewinnverbot. Auch dies wollen wir aus Dänemark übernehmen. Die so entstehenden Wärmenetze können zukunftssicher aus erneuerbaren Energiequellen wie dem Boden, saisonalen Wärmespeichern wie unterirdische Wasserspeicher, der Sonne und dem Wind, biogenen Reststoffen sowie Abwärme aus der Industrie betrieben werden. Dadurch werden dauerhaft von Marktschwankungen unabhängige Wärmenetze geschaffen.

In Thüringen sind aktuell rund 24 Prozent der Wohnungen und 4 Prozent der Gebäude an Fernwärme angeschlossen. Die allermeisten anderen Wohnungen und Gebäude werden mit Erdgas und Erdöl beheizt. Es gibt also schon heute in moderatem Umfang klassische Fernwärmenetze, die vor allem die großen Städte versorgen und einzelne Projekte kommunaler Wärmenetze in Form von Bioenergiedörfern. Letztere gehen auf das Engagement einzelner Persönlichkeiten vor Ort zurück. Damit diese sehr erfolgreichen Projekte flächendeckend möglich werden, soll jede Kommune und jeder Kreis einen Wärmenetzbeauftragten bekommen, der mit den Menschen vor Ort Konzepte zum Bau von Wärmenetzen entwickelt, die den Gegebenheiten vor Ort (z.B. Vorhandensein eines Agrar- oder Industriebetriebs, bei dem Abwärme in der Produktion von Biogas bzw. Industriegütern entsteht) entsprechen.

Energiewende braucht auch die Wärmewende

Die derzeitige Diskussion um einen anstehenden Heizungstausch per Gesetz macht vielen Menschen, insbesondere im ländlichen Raum, zu Recht Angst. „Wie soll ich mir das leisten?“, fragen sich viele. Gleichzeitig hat die Energiekrise gezeigt, wie schnell und tiefgreifend geopolitische Spannungen zu Marktschwankungen und Versorgungsengpässen führen und damit, wie sehr wir von Energieimporten abhängig sind. Dürre- und Hitzesommer schicken die ersten Anzeichen der globalen Erderwärmung; um das Weltklima zu schützen und somit verheerende Hitze, Dürren und Überschwemmungen zu verhindern, müssen wir weltweit alle Lebensbereiche dekarbonisieren, also klimaneutral gestalten – auch hier in Thüringen. Rund 90 Prozent des Energieverbrauchs privater Haushalte wird für Wärmeanwendungen verbraucht. Somit ist die Wärmewende ein zentraler Baustein der Energiewende.

Wir wollen dezentrale Netze entwickeln, die keine hohen Kosten für den Einzelnen bedeuten, darüber hinaus effizienter sind und jeweils an einer zentralen Stelle, wieder ohne Kosten für das Individuum, modernisiert werden können. Die entstehenden Wärmenetze werden gemeinwohlorientiert von einem Eigenbetrieb der Kommune bzw. des Kreises oder als Genossenschaft so betrieben, sodass nur die tatsächlichen Kosten für die Wärmeerzeugung abgerechnet werden. Somit wird sichergestellt, dass der Anschluss an ein Wärmenetz dauerhaft günstig bleibt.

Ausbildungen fördern

In Gebieten mit stark dezentraler Siedlungsstruktur wollen wir den Menschen mit einer ausreichenden Förderung zur Umrüstung auf eine klimaneutral betreibbare Einzelhaus-Heizung helfen, wahlweise die Umrüstung effizient in Sektorenkopplung mit den Bereichen Energie und Mobilität verknüpfen. Um unser Vorhaben umzusetzen, brauchen wir neben den Wärmenetzbeauftragten diverse Fachkräfte: Ingenieur:innen und Planer:innen diverser Fachrichtungen, Tiefbauer, Heizungsbauer, Heizungs-Installateure, Elektriker, Elektroniker, etc. Diese müssen aktiv bei uns in Thüringen ausgebildet und weiterqualifiziert werden. Dazu sollte auch die Thüringer Agentur für Fachkräftegewinnung gezielt weiterentwickelt werden. Weitere Strategien zur Fachkräftegewinnung sind im Positionspapier der Fraktion, „Fachkräftemangel in Thüringen entgegensteuern!“ (online zu finden).

Schon heute gibt es Fördermittel für die Errichtung und Modernisierung von Wärmenetzen sowie kostenfreie und kompetente Beratung bei der Thüringer Energieagentur. Auch der von Rot-Rot-Grün eingebrachte und im April-Plenum beschlossene Antrag „Nachhaltigkeitsinvestitionen“ nimmt das Thema auf. Durch die genannten Programme allein wird eine gemeinsame Wärmewende jedoch noch nicht erreicht. Deshalb wollen wir eine dauerhafte 100 prozentige Förderung der Errichtung und Modernisierung von Wärmenetzen und Wärmenetzbeauftragten. Diese soll sich im Eigentum der Kommune, des Kreises oder einer Genossenschaft befinden, denn die Grundversorgung der Menschen gehört nicht in die Hände des Marktes, sondern die der Menschen vor Ort.

Markus Gleichmann, Frithjof Isenberg

Wertvolle Agrarflächen besser schützen

Große Anfrage schafft Datengrundlage

Dr. Marit Wagler, Sprecherin für Landwirtschaft, Forsten und technischen Umweltschutz

Im Ergebnis der großen Anfrage von LINKE, SPD und GRÜNEN „Verlust landwirtschaftlicher Nutzfläche durch konkurrierende Flächennutzung in Thüringen“ ergibt sich ein seit Jahrzehnten andauernder Rückgang landwirtschaftlicher Nutzfläche in Thüringen. Die Ursachen sind vielfältig.

Fruchtbarer Boden

Rund 50 Prozent der Fläche Thüringens wird landwirtschaftlich genutzt. Der hohe Flächenanteil für die landwirtschaftliche Nutzung beruht auf den sehr fruchtbaren Böden. Böden dienen allerdings nicht nur als Wirtschaftsgrundlage der Landwirtschaft und somit unserer Ernährungssicherung, Boden ist auch Lebensgrundlage und Lebensraum für Mensch und Natur, speichert Wasser, kühlt und speichert CO2. Boden müssen wir erhalten und auch gesetzlich schützen. In Thüringer ist die Netto-Null-Neuversiegelung beispielsweise ein Nachhaltigkeitsziel. In der Bilanz soll also eigentlich kein neuer Boden versiegelt werden. Um dieses Ziel auch erreichen zu können, wurde im Thüringer Landtag 2019 mit dem Thüringer Naturschutzgesetz beschlossen, dass Versieglung durch Entsiegelung ausgeglichen werden soll. Dafür wurde das Erfordernis einer sogenannten Flächenkompensationsverordnung im Thüringer Naturschutzgesetz verankert.

Große Anfrage schafft Datengrundlage

Im Ergebnis einer Großen Anfrage haben wir dafür jetzt auch die Datengrundlage, welche für den kommenden Entwurf eines Thüringer Agrarstrukturgesetzes von Relevanz ist. Landwirte haben es immer schwerer, allein mit den Gewinnen die die Landwirtschaft ermöglicht, die explodierenden Bodenpreise und Pachtpreise zu erwirtschaften. Ursache der Preisspirale ist zum einen die Tatsache, dass landwirtschaftliche Flächen als sehr sichere Kapitalanlage gelten, aber eben auch, dass Thüringen jedes Jahr landwirtschaftliche Bodenfläche verliert.

Der kontinuierliche Schwund landwirtschaftlicher Fläche seit den 90er Jahren findet hauptsächlich auf Grund der Zunahmen von Siedlungs-und Verkehrsfläche (SuV) statt. Im Freistaat Thüringen verzeichnen wir allein in 10 Jahren einen Anstieg von ca. 25 Prozent. Dafür gingen uns 2,3 ha landwirtschaftliche Nutzfläche seit den 90er Jahren täglich verloren. Dies entspricht einer Fläche von ca. drei Fußballfeldern pro Tag. Das ist fatal und man muss diese Zahlen dem 19 prozentigen Bevölkerungsrückgang in Thüringen gegenüberstellen, den wir seit 1990 zu verzeichnen haben. Immer weniger Menschen verbrauchen also immer mehr Fläche. In Thüringen geht das hauptsächlich zu Lasten der landwirtschaftlichen Fläche.

In den Raumordnungsplänen findet die Sicherung landwirtschaftlicher Flächen durch die Festlegung als Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Landwirtschaftlicher Bodennutzung statt. In Thüringen sind 20 Prozent der Fläche des Landes als Vorranggebiete für Landwirtschaft ausgewiesen und 14 Prozent für Vorbehaltsgebiete. Allerdings müssen nur die sogenannten Vorranggebiete bei der Raumplanung zwingend berücksichtigt werden. In der Raumordnungsplanung stehen sich jedoch unterschiedliche Ansprüche gegenüber und die Sicherung von landwirtschaftlichen Fläche für Rohstoff- und Nahrungsmittelproduktion steht im Spannungsfeld mit der kommunalen Selbstverwaltung und z. B. den Bedarfen für Siedlungs- oder Gewerbeflächen. Deswegen wird der Schutz wertvoller landwirtschaftlicher Fläche und fruchtbarer Ackerböden auch regelmäßig anderen Zwecken geopfert. Prominentestes Beispiel waren wohl die Böden der Goldenen Aue bei Nordhausen, die einem großen Gewerbegebiet im Umfang von 100 ha weichen mussten. Werden Eingriffe in die Landschaft etwa durch Bebauung vorgenommen, müssen Flächenkompensationsmaßnahmen durchgeführt werden.

Damit soll die Verschlechterung der Umwelt und Natur, die durch die Veränderungen entsteht, verhindert bzw. abgemildert werden. Die Wahl der jeweiligen Ausgleichsmöglichkeit ist von der Intensität der Flächeninanspruchnahme und des Eingriffs ins Ökosystem abhängig und resultiert dann beispielsweise in der Entsiegelung anderer Flächen oder der Anlage einer Streuobstwiese oder Heckenstruktur. Problematisch ist, dass auch die Flächen für Kompensationsmaßnahmen seit 1990 insgesamt 7.014 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche in Anspruch nahmen. Dem gegenüber wurden aber nur 693 ha im Rahmen von Kompensationsflächen seit 1990 entsiegelt. Das entspricht nicht einmal 10 Prozent.

Flächen entsiegeln

Insbesondere aus klimapolitischer Sicht wäre es aber umso wichtiger, dass über die Flächenkompensationsverordnung auch Möglichkeiten geschaffen werden, Flächen in nennenswertem Umfang zu entsiegeln. Denn eine versiegelte Fläche, deren Bodenfunktion wieder hergestellt wird, ist für den Klimaschutz ungleich wertvoller als einen bereits funktionsfähigen Boden naturschutzfachlich aufzuwerten. Für eine ertragreiche Landwirtschaft sind fruchtbare Böden Grundvoraussetzung. Besonders für die gesellschaftlich gewünschte Transformation der Landwirtschaft in Richtung einer extensiveren und ökologischeren Bodennutzung erfordert es unbedingt den Erhalt landwirtschaftlicher Flächen.

Das bedeutet aber auch, dass die Landwirte immer mehr Fläche benötigen. Diese Flächen werden seit Jahrzehnten immer weniger. Gleichzeitig werden die Bedarfe an landwirtschaftlicher Fläche neben den bereits genannten Gründen auch für Solar- und Windenergieausbau erheblich steigen. Wir brauchen also ein wirksames Flächenkreislaufmanagement, d.h. dass die Flächen, die wir unvermeidlich beanspruchen, anderswo durch Recyceln und Entsiegelung von nicht mehr benötigten Flächen in der Summe ausgeglichen werden müssen und wir benötigen zudem dringend einen besseren Schutz guter landwirtschaftlicher Böden. *Dr. Marit Wagler, Ulf Raesfeld*

Foto: Seaq68/www.pixabay.de

Thüringens Engagement

Arbeitskreis besucht Thüringer Einrichtungen im Unstrut-Hainich-Kreis

Der Arbeitskreis Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung macht regelmäßige Besuche in den Wahlkreisen der Abgeordneten des Arbeitskreises, um die Vereine, Verbände und Unternehmen zu treffen und sich direkt mit ihnen über ihren Alltag und sich daraus ergebende Bedarfe auszutauschen. Im Mai war der Arbeitskreis nun im Unstrut-Hainich-Kreis, dem Wahlkreis der Abgeordneten Cordula Eger, familien- und seniorenpolitische Sprecherin der Fraktion.

„Die Soziale Komponente ist nicht zu unterschätzen“

Gesundheitskiosk Urleben

Erster Stopp der Abgeordneten Karola Stange, Lena Saniye Güngör, Cordula Eger, Ralf Plötner und ihrer Mitarbeitenden war der Gesundheitskiosk in Urleben. Nachdem der Kiosk im letzten Jahr von Ministerpräsident Bodo Ramelow mit eröffnet und in der Presse viel darüber berichtet wurde, freuten sich die Abgeordneten, den Kiosk nun endlich real zu sehen. Christopher Kaufmann, Vorsitzender des Landengel e. V., welcher den Gesundheitskiosk betreibt, hob bei der Nutzung des Holzbaus vor allem die soziale Komponente des Kiosks hervor. „Es ist keine medizinische Einrichtung im klassischen Sinne. Hier sitzt also kein Arzt vor Ort. Vielmehr ist das Haus ein Sozialort, denn soziale Komponenten sind ein Teil der Gesundheitsversorgung / Versorgung der nicht zu unterschätzen ist.“ Man biete auch Beratung bei Anträgen für Senior:innen und Familien mit weniger Geld an. Mit W-LAN und einer Toilette ausgestattet, steht der Bau auf einer abgerissenen Bushaltestelle und soll zukünftig auch für telemedizinische Vorsorge genutzt werden. Vor allem nach den Corona Jahren hätten viele verstanden, wie wichtig öffentliche Gesundheitsversorgung ist. „In der Entstehung des Konzeptes des Kiosks zeigte sich für uns immer wieder: der öffentliche Gesundheitsdienst muss raus zu den Menschen!“ In nordischen Ländern gibt es bereits seit Längerem die Umsetzung dieser Einrichtungen. „Ein solcher Gesundheitskiosk macht die Dörfer wieder lebenswert und entlastet das gesamte Gesundheitssystem durch seinen ganzheitlichen Ansatz“, unterstreicht Ralf Plötner, gesundheitspolitischer Sprecher der Fraktion.

„Wir sind hier wirklich alles“

Frauen für Frauen e. V.

Nächster Termin an diesem Tag war der Verein „Frauen für Frauen“ in Bad Langensalza. Der Verein hat im Moment die Projekte „Frauenzentrum“ und „Frauenschutz“ inne. Andrea Franke füllt mit ihren zwei Mitarbeiterinnen eine 2,0 Stelle aus. „Wir sind hier alles: Buchhalterinnen, Pflegerinnen, Malerinnen, Kinderbetreuerinnen, Haushälterinnen, Putzkräfte, Seelsorgerinnen... .“ Der Verein musste nach der Kündigung seiner alten, großzügigen Räumlichkeiten viele Projekte einstampfen und auch die aktuellen Preiserhöhungen in vielen Bereichen machen dem Verein zu schaffen. „Wir hatten einen schönen Treff am Mittwoch, der sehr gut besucht war. Es gab Salate, Getränke und vor allem Platz zum Austausch untereinander. Derzeit können wir den Mittwochstreff jedoch finanziell leider nicht mehr umsetzen. Die Lebensmittel sind einfach so teuer. Für viele Frauen wären zwei bis drei Euro Erhöhung für das Essen einfach zu viel“, erklärt Franke. Auf Nachfrage Karola Stanges, frauen- und behindertenpolitische Sprecherin der Fraktion, ob die Schutzunterkünfte der Frauen Barrierefreiheit bieten würden, musste Frau Franke leider mit Nein antworten. Man müsse nehmen, was die Vermieter anbieten und das sei im seltensten Fall barrierearm oder gar barrierefrei. Ein weiteres Thema waren Frauen mit Migrations-/ Fluchthintergrund. Der Verein mache derzeit sehr viel Migrationsarbeit, stoße aber bald an seine Grenzen. „Hier muss sich seitens der Kommune etwas ändern. Für behördliche Anträge etc. brauchen wir einen Termin im Ausländeramt. Jedoch waren die Termine über Wochen ausgebucht. Letzte Woche (Anfang Mai) habe ich dann endlich einen bekommen: für August.“ Hier müsse sich dringend etwas ändern. Am Ende des Gespräches erklärte Frau Franke gegenüber der Besuchsgruppe: „Ja, ich habe heute viel über Probleme gesprochen, denn damit sind wir in unserem Arbeitsalltag viel konfrontiert. Wir hören aber nicht auf, für finanzielle Unterstützung, für strukturelle Veränderung und Wohnraum zu kämpfen. Denn wir kämpfen für alle die, die unsere Arbeit in Anspruch nehmen müssen.“ Abgeordnete Lena Saniye Güngör nimmt eine dringende Forderung aus dem Treffen mit dem Verein mit: „Die mangelnde Wertschätzung im Bereich des Frauenschutzes zeigt sich leider auch bei den Arbeitsbedingungen und der Entlohnung der Mitarbeiterinnen. Hier braucht es endlich eine strukturelle Aufwertung!“

Arbeitskreis zu Besuch in der Seniorenwohngemeinschaft „An der Waidmühle“
Lena Saniye Güngör, Karola Stange, Ralf Plötner, Cordula Eger im Gespräch mit Mitarbeitenden der Volkssolidarität Thüringen gGmbH

„Was mir fehlt, ist die Anerkennung von außen“

Seniorenwohnheim Großengottern

Die letzte Fahrt des Tages ging für die Abgeordneten nach Großengottern. Zunächst in die Seniorenwohngemeinschaft „An der Waidmühle“. Das Seniorenwohnheim hält 48 Plätze bereit, aktuell sind diese mit 44 Personen belegt. Das Gebäude wurde vor 1,5 Jahren eröffnet und präsentiert einen modernen Bau ähnlich eines kirchlichen Kreuzganges. Der nicht überdachte Innenhof bietet Grünfläche und einen Außenbereich für die Einrichtung. Die Struktur des Hauses kommt dem Bewegungsdrang der Bewohner:innen zugute. Viel Holz und ein helles Ambiente verleihen dem Ort eine freundliche Atmosphäre. Die Mitarbeitenden der Einrichtung beschreiben die Personalsituation im Moment als „in Ordnung“. „Was mir fehlt, ist die Anerkennung von außen. Es gibt andere Länder, wo der Beruf hoch ehrbar ist. Aber in Deutschland sind wir noch sehr weit davon entfernt”, berichtet eine Mitarbeiterin. Ihnen sei das Modell der Bezugspflege wichtig, das heißt, „dass immer dieselben Ansprechpartner am Bewohner“ sind. Die Beziehungen festigten sich so viel besser. Grundvoraussetzung dafür ist jedoch: Zeit. Die sozialpolitische Sprecherin und Vorsitzende der Volkssolidarität im Landesverband Thüringen e. V., Karola Stange, unterstrich: „Man sieht es am Beispiel hier in Großengottern: Wenn das Personal da ist, ist auch die Zeit da und damit steigt die Qualität der Pflege und die Beziehung zu den Bewohner:innen. Ist nicht genug Personal vorhanden, kippt die Situation, sobald mal jemand krank ist. Das ist kein Zustand.” Die Seniorenunterkunft bekomme viel ehrenamtliche Unterstützung. So käme der ansässige Landfrauen Verein öfter vorbei und backe oder bastele mit den Senior:innen. Auch das gegenüberliegende „Spittel“ organisiere Veranstaltungen für die Bewohner:innen, berichtet der zukünftige Heimleiter.

Diese alte Hospiz- und heutige Museumsanlage stellt die letzte Station der Besuchsreihe des Arbeitskreises dar. Seit 2013 wurde das Areal von einem Verein übernommen, dessen Vorsitz Veronika Klein innehat. Sie und ihr Mann entdeckten das „Spittel“ bei der Erstellung eines Jubiläumsfilms zu Großengottern wieder und erkannten darin „ein einzigartiges mittelalterliches Ensemble das erhalten bleiben muss.” Sie führte den Arbeitskreis über das Gelände und erklärte, dass die Gebäude bis 1944 selbst als Altenheimanlage genutzt wurden. Danach dienten sie bis 1962 als Heim für Kriegsgeflüchtete. In der Aufwertung der Anlage zeigt sich das unermüdliche Engagement der Akteure vor Ort und die Wertschätzung des historischen Erbes.

„Programme für Thüringen“

Cordula Eger

„Ich bin sehr froh, dass es in meinem Wahlkreis auch in den Dörfern etliche, vielfältige, gute und notwendige Angebote für Familien, ältere Menschen und im kulturellen Bereich gibt. Die Gespräche in den Einrichtungen und mit den Vereinen, die wir auf unserer Tour besucht haben, zeigen, dass die rot-rot-grüne Landesregierung in Thüringen umfangreiche Förderprogramme und Unterstützungsleistungen für Familien und im Sozial- und Gesundheitsbereich und für das Ehrenamt vorhalten, die auch im ländlichen Raum bei den Menschen ankommen. Wir setzen uns als Fraktion dafür ein, das dies auch so bleibt und erweitert wird“, schließt Cordula Eger die Besuchsreihe resümierend ab.

Chance für progressive Änderung verpasst

Auswirkungen der Troika-Politik deutlich sichtbar

Die Vorzeichen der Wahlen in Griechenland waren unter anderem Anlass für die politische Bildungsreise der Fraktionsvorsitzendenkonferenz der Partei DIE LINKE, an der für die Thüringer Landtagsfraktion Anfang Mai die beiden Abgeordneten Lena Saniye Güngör und Katja Mitteldorf teilnahmen.

Ein Bericht von Lena Saniye Güngör und Katja Mitteldorf

Bei den Parlamentswahlen am 21. Mai 2023 hat Griechenland mit 40,8 Prozent Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis gestützt, nach aktuellen Berichten will er mit dem Ziel einer absoluten Mehrheit eine Neuwahl anstreben, statt ein Regierungsbündnis zu verhandeln. Koalitionsregierungen haben in Griechenland, anders als in Deutschland, keine große Tradition. Allerdings ist anzunehmen, dass Mitsotakis auch deshalb auf die Neuwahl setzt, weil eine neue Wahlreform im ersten Wahlgang verhinderte, dass die sonst üblichen automatischen „Bonusstimmen“ der Wahlsieger-Partei mehr Gewicht im Parlament zur Folge gehabt hätten.

Die Schwesterpartei der DIE LINKE, „Syriza“ um Alexis Tsipras, erreichte nur 20,1 Prozent der Stimmen. Auch die rechtspopulistische „Elliniki Lisi“ (Griechische Lösung) zog mit 4,5 Prozent ein. Die griechische Verfassung sieht ein enges Zeitfenster von nur drei Tagen für eine Koalitionsbildung vor. Kommt diese nicht zustande, wird automatisch neu gewählt. Dann wieder mit dem alten Bonussitz-Wahlsystem.

Die Reise selbst, die drei volle Tage Programm für uns bereithielten, war vor allem auch ein sehr krasser Eindruck der Auswirkungen der Troika-Politik. Der dadurch verursachte wirtschaftliche Abschwung von 25 Prozent ist noch nicht mal ansatzweise aufgefangen, die zahllosen Entlassungen im Gesundheits- und Sozialsektor, im Bildungsbereich, aber auch bei Polizei und Justiz sind noch immer spürbar. In Gesprächen wurde uns berichtet, dass mittlerweile drei Milliardäre - zu denen auch das Umfeld des derzeitigen Ministerpräsidenten gehört - Macht und Einfluss über die Medien, große Wirtschaftszweige und auch Teile der Justiz hätten. Die Mitsotakis-Regierung werde als gut geführtes Familienministerium beschrieben. Dieser Umstand macht es nicht nur in Zeiten eines pluralistischen Wahlkampfes schwer, gesellschaftspolitische Bestrebungen ohne eigene Medienplattform in die griechische Gesamtgesellschaft zu bringen.

Entsprechend wenig herkömmliche Wahlkampfstimmung durch Wahlplakate, Infostände oder Ähnliches im öffentlichen Raum waren für uns erkennbar. Besonders verdeutlicht wurde das Problem der politischen Verstrickungen in Medien, Wirtschaft und Justiz bei einem Gespräch mit der „Initiative Simeio“, die analog zu NSU-Watch die Prozessbegleitung gegen Führungskräfte der Partei „Goldene Morgenröte“ als GoldenDawnWatch initiiert haben. Ohne die sozialen Netzwerke und Unterstützung zur Reichweitenvergrößerung aus dem Ausland hätte es eine solche Transparenz des gesamten Gerichtsprozesses nicht gegeben. Über die allgemeine politische Lage konnten wir uns mit Vertreter:innen unserer Schwesterpartei „Syriza“ sowie dem deutschen Botschafter austauschen. Dieser betonte, dass sich Griechenland bei einem Wirtschaftswachstum von 5,9 Prozent aktuell in einer Erholungsphase befände, mit Blick auf die - gerade auch von Deutschland vorangetriebenen Auteritätspolitik ist die Ausgangsbasis aber auch offensichtlich niedrig.

Abgeordnete Lena Saniye Güngör vor dem „Schießstand von Kesariani“
Ab 1942 diente der Schießstand als Hinrichtungsstätte vor allem für im KZ Chaidari inhaftierte griechische Antifaschist:innen und Widerstandskämpfer:innen

In Griechenland werden europaweit die viertniedrigsten Löhne gezahlt, ein Umstand der auch Thema bei unserem Austausch mit Gewerkschaftsvertetern von Essenslieferanten war. Besonders eindrücklich war unser Besuch von Kesariani, wo wir wir den Widerstandskämpfenden gedachten, die von der deutschen Wehrmacht hingerichtet wurden. Der Ruf nach noch offenen Reparationen hat auch im Wahlkampf eine Rolle gespielt, bei ihrem letzten offiziellen Griechenlandbesuch hat Außenministerin Baerbock von griechischer Seite sogar ein von der dortigen Rosa-Luxemburg-Stiftung gefördertes Buch überreicht bekommen. Außerdem haben wir uns über die Grenzpolitik der EU mit der NGO „Melissa“ verständigt, die geflüchtete Frauen unterstützt. Der Missbrauch von Geflüchteten als politischen Spielball wird sowohl mit Blick auf den Ausgang der griechischen Wahl als auch der türkischen Wahl leider sehr aktuell bleiben.

Die Reise nach Griechenland war alles in allem sehr aufschlussreich und konnte ein autentisches Bild der politischen Lage und der Auswirkungen der Politik Troikas vermitteln.

Teilnehmende der politischen Bildungsreise der LINKEN Fraktionsvorsitzendenkonferenz
Anfang Mai 2023 reisten die Abgeordneten nach Athen (Griechenland), um sich unter anderem mit der Schwesterpartei „Syriza“ auszutauschen

Mit Kunst eigene Gefühle ausdrücken

Fatima Alkaheel zeigt ihre Bilder in den Fluren des Thüringer Landtages

Am ersten Tag des Plenums im Mai eröffnete die Fraktion DIE LINKE auf den Fluren der Fraktionsräume in der vierten Etage des Thüringer Landtages die Ausstellung von Fatima Alkaheel. Die junge Künstlerin wurde in Damaskus, Syrien geboren und kam vor etwa zwei Jahren mit ihrer Mutter und ihren Geschwistern über das Landesaufnahmeprogramm nach Deutschland.

Das Aufnahmeprogramm besagt, dass syrische Geflüchtete, welche seit mindestens sechs Monaten in Thüringen wohnen, ihre Angehörigen ersten Grades nachholen können, wenn sich diese ebenfalls auf der Flucht befinden bzw. eine individuelle Not vorliegt. Jedoch muss für die Angehörigen der gesamte Lebensunterhalt privat bezahlt werden, außer die Krankenversicherung, welche das Land Thüringen übernimmt. Das heißt im Klartext, dass der hier bereits lebende Geflüchtete für eine erwachsene nachzuholende Person monatlich ca. 800 und für Kinder je 400 Euro aufbringen muss, neben seinem/ihrem eigenem Bedarf.

Bereits 2017 machten sich Fatimas Onkel Hadi Kahel und Michael Gerner Gedanken, wie sie die Nachholung der Familie finanzieren und umsetzen könnten. Hedi Kahel beschreibt Michael Gerner und seine Frau als seine „deutschen Zieheltern“ und pflegte schon lange ein enges Verhältnis. Die Entscheidung, nun auch Hadis Schwester nach Deutschland zu holen, fiel deshalb, weil sie durch die Ermordnung ihres Mannes in Assads Gefängnis ein besonders schwerer Schicksalsschlag traf. Michael Gerner wurde Mitglied bei den Thüringer Flüchtlingspaten Syrien e. V. und übernahm dort die Öffentlichkeitsarbeit. Sie gründeten im Verein den Unterstützerkreis Triptis und sammelten auf unterschiedlichen Veranstaltungen Spenden und warben für das Vorhaben. Innerhalb der Partei DIE LINKE gibt es seit dem sehr viel Unterstützer:innen, die Partei selbst ist Fördermitglied im Verein. 2020 war es dann soweit, der Verein hat die Voraussetzungen für eine Übersiedlung der Familie Alkaheel geschaffen. Doch wegen Corona wurden die Grenzen zwischen Syrien und Libanon kurzfristig geschlossen und alles musste um ein ganzes Jahr verschoben werden. Die Visa wurden erneuert ausgestellt und am 20. Januar 2021 konnten Christian Schaft und Michael Gerner die Familie Alkaheel in Berlin in Empfang nehmen. Nun, im Jahr 2023, hilft der 20jährigen Fatima auch die Kunst, in Deutschland weiter anzukommen. Sie und ihre Mutter haben eine Arbeit gefunden, Fatima selbst hat jedoch das Ziel zu studieren. Kunst oder Medizin, wie sie sagt. Jedoch wird ihr Abschluss aus Syrien nicht anerkannt, daher liegt noch ein weiter Weg zu diesem Ziel vor ihr.

Die Leidenschaft für Kunst hat Fatima bereits in ihrer Kindheit entdeckt. In Syrien besuchte sie einen Zeichenverein und absolvierte die Fachrichtung Kunst in der Schule. „Ich male sehr gern Gesichter. Wenn ich ein Gesicht male, kann ich in ihm zeigen, was ich selbst fühle“, erklärt Fatima Alkaheel, deren zwanzigster Geburtstag an diesem Tag ist. Zur Ausstellung im Thüringer Landtag richtet Katharina König-Preuss, die auch als Bürgin für die Familie dient, ihre Worte an die Künstlerin: „Es ist mehr als nur eine Ausstellung. Es sind Bilder, die dich zeigen. Du gehst mit der Ausstellung im Landtag in den öffentlichen Raum mit dem, was du kannst.“

Auch Michael Gerner stand stolz bei der Ausstellungseröffnung neben Fatima Alkaheel und hat auch eine wichtige Botschaft an die Anwesenden der Ausstellungseröffnung. „Es war möglich die Familienmitglieder auf legalem Wege nach Thüringen zu holen, da wir ein Landesaufnahmeprogramm mit Syrien haben und im Vorfeld Menschen gefunden haben, die dieses Programm unterstützen. Momentan bekommen wir jedoch nicht einen einzigen Geflüchteten nach Thüringen. Der Grund dafür sind die Thüringer Ausländerbehörden die die Neuauflage des Programms anders interpretieren. Hier muss politisch etwas geschehen!“

Nun lebt die Familie seit fast 2,5 Jahren in Jena, die beiden Kleinen gehen in eine Gemeinschaftsschule. Wer die Familie Alkaheel unterstützen möchte, kann dies mit einer Spende an die Thüringer Flüchtlingspaten Syrien e. V. IBAN DE 15 7933 0111 0002 3405 42 mit den Verwendungszweck „Unterstützerkreis Triptis“ gern tun. Eine grundsätzliche Unterstützung des Vereins ist unter dem Verwendungszweck „Vereinsspende“ möglich.

Künstlerin Fatima Alkaheel und Michael Gerner vom Th. Flüchtlingspatenverein
Gerner unterstützte die Familie Alkaheel auf legalem Wege nach Deutschland zu kommen

Mehr Informationen zu den Thüringer Flüchtlingspaten Syrien e. V.

www.thueringer-fluechtlings-paten.de/